Antrag

des Abg. Dr. Michael Preusch u. a. CDU

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Smartphonebasierte Alarmierung beim Herz-Kreislauf-Stillstand – Stand der Umsetzung in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welchen Stadt- und Landkreisen eine smartphonebasierte Alarmierung beim Herz-Kreislauf-Stillstand aktuell umgesetzt wird;
2. welche Systeme in den einzelnen Stadt- und Landkreisen derzeit genutzt werden und bei welchen Alarmierungstichworten die Systeme jeweils aktiviert werden;
3. wie viele Ersthelfer in den einzelnen Systemen organisiert werden;
4. ob diese auch außerhalb des jeweiligen Stadt- bzw. Landkreises alarmiert werden können;
5. ob es bezüglich des Einsatzes der unterschiedlichen Systeme auf Landesebene Bestrebungen gibt, diese wissenschaftlich zu evaluieren und einem Qualitätsmanagement zu unterziehen;
6. ob eine Anbindung an die SQR-BW (Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst Baden-Württemberg) geplant ist;
7. ob es auf Landesebene Bestrebungen gibt, in Zukunft ein einheitliches System zu etablieren;
8. ob die vorhandenen Systeme – wie im Rettungsdienstgesetz (RDG) vorgesehen – über die Benutzungsentgelte bzw. Leitstellenentgelte finanziert werden;

9. wenn dies nicht der Fall ist, wie die Systembetreiber durch das Innenministerium bei der Durchsetzung der Finanzierung unterstützt werden;
10. ob es eine verpflichtende Implementierung der Systeme auf den Integrierten Leitstellen gibt bzw. wer über deren Einrichtung entscheidet;
11. welche rechtlichen Möglichkeiten das Land Baden-Württemberg sieht, diese Systeme in der Fläche zu etablieren;
12. in welchen Stadt- bzw. Landkreisen derzeit ein betriebsbereites Alarmierungssystem von der zuständigen Integrierten Leitstelle nicht angebunden wird;
13. welche Maßnahmen die Aufsichtsbehörden im Rahmen ihrer Fachaufsicht bisher ergriffen haben, um eine Anbindung aller betriebsbereiter Alarmierungssysteme sicherzustellen;
14. welche Konsequenzen einer Integrierten Leitstelle drohen, die ein betriebsberechtigtes Ersthelferalarmierungssystem nicht anbindet.

22.5.2025

Dr. Preusch, Gehring, Bückner, Hockenberger,
Huber, Mayr, Dr. Miller CDU

Begründung

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum neuen Rettungsdienstgesetz wurde auf Initiative der Regierungsfractionen die smartphonebasierte Alarmierung von Ersthelfern als eine weitere Möglichkeit der Notfallversorgung eingebracht. Dieser Antrag adressiert den derzeitigen Stand der Umsetzung in Baden-Württemberg.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 17. Juni 2025 Nr. IM6-5461-560/11/21 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. in welchen Stadt- und Landkreisen eine smartphonebasierte Alarmierung beim Herz-Kreislauf-Stillstand aktuell umgesetzt wird;*
- 2. welche Systeme in den einzelnen Stadt- und Landkreisen derzeit genutzt werden und bei welchen Alarmierungstichworten die Systeme jeweils aktiviert werden;*

Zu 1. und 2.:

Zu den Ziffern 1 und 2 wird wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Der Rettungsdienst in Baden-Württemberg ist in sogenannte Rettungsdienstbereiche gegliedert und organisatorisch entsprechend strukturiert. Eine Unterteilung nach Stadt- und Landkreisen entspricht somit nicht der tatsächlichen Organisationsstruktur des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg. Aus diesem Grund wird die Anfrage unter Bezugnahme auf die Rettungsdienstbereiche beantwortet.

Zu den Fragen erfolgte eine Abfrage über die DRK Landesverbände Badisches Rotes Kreuz e. V. und Baden-Württemberg e. V.: Eine Übersicht, die nach Rettungsdienstbereichen differenziert Auskunft darüber gibt, in welchen Bereichen bereits ein App-Alarmierungssystem etabliert wurde, findet sich in der Spalte 2 der als *Anlage* beigefügten Tabelle. Daraus ist ersichtlich, dass in den meisten Rettungsdienstbereichen in Baden-Württemberg bereits App-Alarmierungssysteme etabliert sind. Dabei handelt es sich um die App-Alarmierungssysteme „Corhelper“, „Katreter“, „Mobile Retter“ und „Region der Lebensretter“.

Zu den Alarmierungstichworten, respektive Einsatzstichworten erfolgte eine Abfrage bei den DRK Landesverbänden als Träger des rettungsdienstlichen Teils der Integrierten Leitstellen. Da die Alarmierung durch die Integrierten Leitstellen erfolgt, die jeweils für einen Rettungsdienstbereich zuständig sind, ist die Stellungnahme hierzu ebenfalls nach Rettungsdienstbereichen strukturiert. Wie in den Spalten 3 und 4 der als *Anlage* beigefügten Tabelle ersichtlich, werden Ersthelferinnen und Ersthelfer in der Regel bei den Einsatzstichworten „Reanimation“ inklusive Telefonreanimation („T-CPR“) alarmiert. In einzelnen Rettungsdienstbereichen erfolgt die Alarmierung zudem auch bei dem Einsatzstichwort „Bewusstlosigkeit“. In keinem Rettungsdienstbereich erfolgen Alarmierungen bei weiteren Einsatzstichworten.

3. wie viele Ersthelfer in den einzelnen Systemen organisiert werden;

Zu 3.:

Die Anzahl der registrierten Ersthelferinnen und Ersthelfer wurde bei den Systemanbietern der in Baden-Württemberg eingesetzten App-Alarmierungssysteme sowie bei den DRK-Landesverbänden erfragt. Zur Klarstellung ist darauf hinzuweisen, dass die Systeme in Baden-Württemberg jeweils in einer unterschiedlichen Anzahl von Rettungsdienstbereichen betrieben werden (vgl. dazu die *Anlage* zur Stellungnahme zu Ziffer 1 und 2 in Spalte 2). So sind das App-Alarmierungssystem Katreter und Mobile Retter bisher jeweils in einem Rettungsdienstbereich in Betrieb, während das System der Region der Lebensretter und das System Corhelper in mehreren Rettungsdienstbereichen implementiert sind. Darauf beruht die starke Divergenz der Zahlen.

Die Tabelle zeigt die in Baden-Württemberg registrierte Anzahl der Helferinnen und Helfer unterteilt nach App-Alarmierungssystemen, welche auf Abfrage hin rückgemeldet wurden:

App-Alarmierungssystem	Anzahl der registrierten Ersthelferinnen und Ersthelfer
Corhelper	3 607 ¹⁾
Katreter	395
Mobile Retter	1 167
Region der Lebensretter	16 300

¹⁾ Dem Innenministerium wurden hier ausschließlich die tatsächlich alarmierbaren Ersthelferinnen und Ersthelfer geliefert.

4. ob diese auch außerhalb des jeweiligen Stadt- bzw. Landkreises alarmiert werden können;

Zu 4.:

Zur Möglichkeit der Alarmierung außerhalb des jeweiligen Stadt- bzw. Landkreises bzw. Rettungsdienstbereichs haben die Systemanbietern die folgende Rückmeldungen gegeben:

Corhelper: Nach der Auskunft des technischen Anbieters von „Corhelper“ L2R GmbH ist eine regionen- bzw. bereichsübergreifende Alarmierung technisch möglich und wird teilweise bereits umgesetzt. „Corhelper“ bietet standardmäßig die Option, qualifizierte Ersthelferinnen und Ersthelfer auch außerhalb ihres primären Einsatzgebietes zu alarmieren – abhängig von den regionalen Einstellungen und der Freigabe durch die zuständigen Stellen.

Katretter: Nach Mitteilung der für die Betreuung der Einführung des App-Alarmierungssystems von Katretter zuständigen Combi Risk GmbH sind gebietsübergreifende Alarmierungen im Katretter-System möglich. So können Pendler und Pendlerinnen und Reisende grundsätzlich auch jenseits ihrer Heimatregion alarmiert werden.

Mobile Retter: Nach Auskunft des technischen Systemanbieters adesso SE von „Mobile Retter“ ist eine bereichsübergreifende Alarmierung technisch grundsätzlich möglich, sofern dies durch die jeweiligen Gebietskörperschaften gewünscht und entsprechend konfiguriert ist.

Region der Lebensretter: Nach Auskunft des Vereins Region der Lebensretter e. V. sind alle im System Region der Lebensretter registrierten Ersthelferinnen und Ersthelfer grundsätzlich in allen angebotenen Leitstellenbereichen deutschlandweit grundsätzlich alarmierbar, sofern dies konfiguriert ist.

5. ob es bezüglich des Einsatzes der unterschiedlichen Systeme auf Landesebene Bestrebungen gibt, diese wissenschaftlich zu evaluieren und einem Qualitätsmanagement zu unterziehen;

6. ob eine Anbindung an die SQR-BW (Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst Baden-Württemberg) geplant ist;

Zu 5. und 6.:

Zu den Ziffern 5 und 6 wird wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Smartphonebasiert alarmierte Ersthelferinnen und Ersthelfer sind kein Teil des Rettungsdienstes. Die Entscheidung für eine wissenschaftliche Evaluation oder Qualitätssicherung hinsichtlich des Einsatzes ihrer Systeme in Baden-Württemberg obliegt daher zunächst grundsätzlich den Betreibern. Das Innenministerium steht einer Evaluation auf Landesebene jedoch offen gegenüber, sofern belastbare Daten vorliegen.

Eine Anbindung an die SQR-BW ist derzeit nicht vorgesehen. Die SQR-BW wertet ausschließlich Daten des Rettungsdienstes und der Notfallrettung aus. Perspektivisch könnte es jedoch möglich und sinnvoll sein, über die Datensätze der Integrierten Leitstellen auch Daten der smartphonebasiert alarmierten Ersthelferinnen und Ersthelfer auszuwerten. Im Rahmen der in Erarbeitung befindlichen neuen Rettungsdienstplanverordnung sind erstmals Regelungen zur Qualitätssicherung geplant, die die Ersthelferinnen und Ersthelfer als Teil der Rettungskette berücksichtigen. Danach sollen die Integrierten Leitstellen Alarmierungs-, Übernahme- und Eintreffzeiten der Ersthelferinnen und Ersthelfer dokumentieren. Nach Angaben der DRK-Landesverbände ist dies möglich, da Ersthelferinnen und Ersthelfer bei der Einsatzübernahme als Rettungsmittel erfasst werden. Diese Dokumentation ermöglicht auch die Sichtbarmachung des Zeitvorteils bis zum Eintreffen des professionellen Rettungsdienstes. Weitere Bestrebungen hinsicht-

lich einer wissenschaftlichen Evaluation oder einer Anbindung an die SQR-BW bestehen derzeit aktuell nicht.

7. ob es auf Landesebene Bestrebungen gibt, in Zukunft ein einheitliches System zu etablieren;

10. ob es eine verpflichtende Implementierung der Systeme auf den Integrierten Leitstellen gibt bzw. wer über deren Einrichtung entscheidet;

11. welche rechtlichen Möglichkeiten das Land Baden-Württemberg sieht, diese Systeme in der Fläche zu etablieren;

Zu 7., 10. und 11.:

Zu den Ziffern 7, 10 und 11 wird wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Hervorzuheben ist zunächst, dass die smartphonebasiert alarmierten Ersthelferinnen und Ersthelfer ein wichtiger Teil der Rettungskette, jedoch nicht Bestandteil des Rettungsdienstes sind. Dies stellen die neuen Regelungen in § 24 Absatz 1 Satz 2 und 3 Rettungsdienstgesetz (RDG) ausdrücklich klar. Sie unterliegen danach auch nicht dem Sicherstellungsauftrag der Leistungserbringer im Rettungsdienst. Die Entscheidung über die Einführung und den Betrieb eines smartphonebasierten App-Alarmierungssystems ist somit freiwillig und kann von verschiedenen Akteuren vor Ort vorgenommen werden. Die Implementierung erfolgt auf Ebene der Rettungsdienstbereiche in der Regel durch Vereine, Hilfsorganisationen oder Stadt- und Landkreise, mithin nicht auf Landesebene.

Das Innenministerium hat keine Möglichkeit, die Einführung von App-Alarmierungssystemen vorzugeben oder die Einführung eines landesweit einheitlichen Systems festlegen. Es kann lediglich die Alarmierung durch die Integrierten Leitstellen regeln. Dies ist durch die oben dargestellte Regelung in § 24 RDG erfolgt.

Gemeinsames Ziel aller Akteure muss es jedoch sein, die Interoperabilität der verschiedenen in Baden-Württemberg implementierten Systeme zu erreichen. Damit kann perspektivisch eine landesweite system- und rettungsdienstbereichsübergreifende Alarmierung aller registrierten Ersthelferinnen und Ersthelfer erfolgen. Angestrebt werden muss auch eine möglichst optimale bedarfsorientierte Alarmierung sowie ein abgestimmter, passgenauer und bedarfsgerechter Einsatz der smartphonebasiert alarmierten Ersthelferinnen und Ersthelfer. Um hier entsprechend zu flankieren, befindet sich das Innenministerium bereits im Austausch mit den betroffenen Akteuren, wie den DRK-Landesverbänden als Träger des rettungsdienstlichen Teils der Integrierten Leitstellen, den Leistungsträgern im Rettungsdienst, den Stadt- und Landkreisen sowie den Systembetreibern und Systemanbietern.

8. ob die vorhandenen Systeme – wie im Rettungsdienstgesetz (RDG) vorgesehen – über die Benutzungsentgelte bzw. Leitstellenentgelte finanziert werden;

9. wenn dies nicht der Fall ist, wie die Systembetreiber durch das Innenministerium bei der Durchsetzung der Finanzierung unterstützt werden;

Zu 8. und 9.:

Zu den Ziffern 8 und 9 wird wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Laut Auskunft der DRK-Landesverbände als Träger des rettungsdienstlichen Teils der Integrierten Leitstellen werden nach den dort vorliegenden Informationen die Kosten, die im Zusammenhang mit smartphonebasierten App-Alarmierungssystemen stehen, derzeit weder in den Benutzungsentgelten noch im Leitstellenvermittlungsentgelt berücksichtigt. Eine Kostenübernahme wird durch die Krankenkassen in der Regel mit dem Verweis auf die Kann-Vorschrift im RDG

und eine fehlende Regelung im Sozialgesetzbuch V verweigert. Das Innenministerium hat bereits mehrfach gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit angeregt, eine entsprechende Finanzierungsregelung im Sozialgesetzbuch V aufzunehmen.

Da die smartphonebasierte Alarmierung von Ersthelferinnen und Ersthelfer – wie in der Stellungnahme zu Ziffer 7, 10, und 11 – dargestellt, kein Bestandteil des Rettungsdienstes ist, kann das Innenministerium selbst keine finanzielle Unterstützung leisten.

12. in welchen Stadt- bzw. Landkreisen derzeit ein betriebsbereites Alarmierungssystem von der zuständigen Integrierten Leitstelle nicht angebunden wird;

Zu 12.:

Hinsichtlich der Anbindung aller im jeweiligen Rettungsdienstbereich betriebsbereit verfügbaren App-Alarmierungssystemen befindet sich das Innenministerium aktuell im Austausch mit den DRK-Landesverbänden als Träger des rettungsdienstlichen Teils der Integrierten Leitstellen und setzt sich für die Anbindung aller Systeme ein. Dies umfasst über das Regierungspräsidium Tübingen unter anderem auch den Rettungsdienstbereich Bodensee-Oberschwaben. Nach Kenntnis des Innenministeriums verweigert die Integrierte Leitstelle Bodensee-Oberschwaben die Anbindung des App-Alarmierungssystems der Region der Lebensretter. Eine zwischenzeitlich erhobene Fachaufsichtsbeschwerde wird derzeit vom Regierungspräsidium Tübingen geprüft.

13. welche Maßnahmen die Aufsichtsbehörden im Rahmen ihrer Fachaufsicht bisher ergriffen haben, um eine Anbindung aller betriebsbereiter Alarmierungssysteme sicherzustellen;

14. welche Konsequenzen einer Integrierten Leitstelle drohen, die ein betriebsberechtigtes Ersthelferalarmierungssystem nicht anbindet.

Zu 13. und 14.:

Zu den Ziffern 13 und 14 wird wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Bei der Anbindung von Alarmierungssystemen sind eine Vielzahl von rechtlichen und technischen Fragen zu klären, die zum großen Teil nicht in der Verantwortung der Träger des rettungsdienstlichen Teils der Integrierten Leitstellen, sondern bei Systemanbietern oder aber bei den Hilfsorganisationen liegen. Daher können eventuelle Schwierigkeiten bei der Implementierung auch nicht einseitig einem einzelnen Akteur angelastet werden. Des Weiteren ist zu betonen, dass – wie bereits in der Stellungnahme zu Ziffer 7, 10 und 11 dargestellt – die fraglichen Alarmierungssysteme nicht Bestandteil des Rettungsdienstes sind und die rechtlichen Fragestellungen mithin auch nicht abschließend im RDG geregelt werden können. Das Innenministerium geht derzeit davon aus, dass vernünftige und tragbare Lösungen für die vielfältigen Problemstellungen gefunden werden können und befindet sich im Austausch mit den betroffenen Akteuren. Daher wurden auch noch keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergriffen. Losgelöst von dieser Bewertung stehen den Aufsichtsbehörden im Wege der Fachaufsicht allgemein eine Vielzahl von Maßnahmen offen. Förmliche Maßnahmen, wie z. B. eine Beanstandung, eine Anordnung, Weisung oder eine Ersatzvornahme stellen dabei eine „ultima ratio“ dar. Bevor solche förmlichen Maßnahmen ergriffen werden, suchen die Aufsichtsbehörden grundsätzlich zunächst im Wege der vertrauensvollen Zusammenarbeit nach einvernehmlichen Lösungen.

In Vertretung

Blenke

Staatssekretär

Anlage

Rettungsdienstbereich	Ersthelfer-App	Alarmierung bei Reanimation (inkl. T-CPR)	Alarmierung bei Bewusstlosigkeit
Biberach	Region der Lebensretter, Corhelper	ja	nein
Böblingen	Region der Lebensretter	ja	nein
Bodensee-Oberschwaben	Region der Lebensretter, Corhelper	ja	nein
Calw	Region der Lebensretter	ja	ja
Emmendingen	Region der Lebensretter	ja	nein
Esslingen	Region der Lebensretter	ja	nein
Freiburg	Region der Lebensretter	ja	ja
Freudenstadt	Region der Lebensretter	ja	nein
Göppingen	Region der Lebensretter, Corhelper	ja	ja
Heidenheim	Region der Lebensretter	ja	nein
Heilbronn	Region der Lebensretter, Corhelper	ja	nein
Hohenlohe	nein		
Karlsruhe	nein		
Konstanz	Region der Lebensretter	ja	nein
Lörrach	Region der Lebensretter	ja	nein
Ludwigsburg	Region der Lebensretter	ja	nein
Main-Tauber	nein		
Mannheim	Region der Lebensretter, Katretter	ja	nein
Mittelbaden	Region der Lebensretter	ja	nein
Neckar-Odenwald	Mobile Retter	ja	ja
Ortenau	Region der Lebensretter	ja	nein
Ostalbkreis	Region der Lebensretter, Corhelper	ja	nein
Pforzheim	nein		
Rems-Murr	Region der Lebensretter, Corhelper	ja	nein
Reutlingen	Region der Lebensretter	ja	nein
Rhein-Neckar/Heidelberg	nein		

Anlage

Rettungsdienstbereich	Ersthelfer-App	Alarmierung bei Reanimation (inkl. T-CPR)	Alarmierung bei Bewusstlosigkeit
Rottweil	Region der Lebensretter	ja	nein
Schwäbisch Hall	Region der Lebensretter	ja	nein
Schwarzwald-Baar	Region der Lebensretter	ja	ja
Stuttgart	Region der Lebensretter	ja	ja
Tübingen	Region der Lebensretter	ja	ja
Tuttlingen	nein		
Ulm	Region der Lebensretter, Corhelfer	ja	nein
Waldshut	Region der Lebensretter	ja	nein
Zollernalb	nein		